

CONTERGAN-SKANDAL – GERECHTIGKEIT NACH ÜBER 50 JAHREN?

Es ist der größte Pharma-Skandal in der Geschichte der Bundesrepublik: Von 1958 bis 1962 kommen aufgrund der Schlaftablette Contergan mehr als 5000 Kinder mit schweren Fehlbildungen zur Welt. Jahrelang kämpfen die Betroffenen um finanzielle Entschädigung. Erst jetzt will die Bundesregierung handeln – endlich ist dringend benötigtes Geld in Aussicht.



„Es ist für uns eine kleine Revolution“

Einsatz von Contergan-Netzwerk zahlt sich aus – Neues Gesetz soll Opfern 120 Millionen Euro jährlich bringen – Details müssen noch geklärt werden

Esslingen – 120 Millionen Euro jährlich möchte die Bundesregierung für die Versorgung von Contergan-Opfern bereitstellen. Die noch lebenden 2400 Betroffenen des Pharma-Skandals haben die Hilfe bitter nötig. Sie kämpfen zunehmend mit körperlichen Beschwerden. Viele sind auf Pflege angewiesen, können sich diese aber nicht leisten. Christian Stürmer aus Ostfildern, Vorsitzender des Contergan-Netzwerkes Deutschland e.V. und selbst contergangeschädigt, setzt sich für die Bedürfnisse der Opfer ein. Stürmer und der Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Esslingen, Markus Grübel, sprachen mit Sabrina Erben über den langen Kampf der Betroffenen.

Warum reichte das Geld für die Contergan-Opfer bisher nicht aus?

Stürmer: Mit etwas mehr als 1000 Euro Rente im Monat können sie gerade so die Miete und den Lebensunterhalt bezahlen. Viele Contergan-Geschädigte haben sich aber über Jahre hinweg völlig abnormal bewegt, sie leiden an extremen Verschleißerscheinungen. Mütter ohne Arme haben ihre Kinder beispielsweise mit den Mündern getragen und leiden heute unter starken Genickschmerzen. Sie sind nicht in der Lage, ohne Pflege und Assistenz zu rechtekommen. Mit dem Alter bricht aber das soziale Umfeld weg. Die Eltern sterben, die Kinder gehen aus dem Haus und oft ist auch kein Partner da. Wir wollen aber trotzdem eigenständig und autark leben können. Von daher gibt es gerade jetzt Handlungsbedarf. Die 120 Millionen Euro sind für uns wirklich eine „kleine Revolution“.

Wie kam es zu dieser „kleinen Revolution“?

Stürmer: Das Contergan-Netzwerk Deutschland e.V. demonstrierte 2008 vor dem Bundesparteitag der CDU in Stuttgart. Die Delegierten sind mit uns ins Gespräch gekommen. In den Jahren ist eine Beziehung erwachsen. Gerade die CDA Baden-Württemberg hat uns viele Türen zu Politikern geöffnet. 2011 wurde unser Verein von Thomas Strobl zu einer Berlin-Reise eingeladen, wobei wir mit Ministerien und Abgeordneten Gespräche führten. Herr Grübel hat extra eine Fahrt zu einer Reserveübung unterbrochen und kam auch nach Berlin. Alles das setzte eine Kettenreaktion in Gang, was darin mündete, dass Strobl am 31. Januar dieses Jahres unsere Sache als Thema im Koalitionsausschuss durchsetzte, wo dann unsere Hilfen beschlossen wurden. Dafür sind wir sehr dankbar.

Wie kam es zu dem Entschluss der Politik, nun doch mehr Geld für die Betroffenen zu zahlen?

Grübel: Am 31. Januar wurde im Koalitionsausschuss beschlossen, dass zusätzlich 120 Millionen Euro für die Betroffenen bereitgestellt werden. Entscheidend war dabei ein neues Gutachten der Universität Heidelberg, das die Bundesregierung auf Initiative des Bundestages in Auftrag gegeben hat. Das Gutachten zeigt, um welche Problemlagen es geht. Viele der Betroffenen sind in Folge der Missbildungen schneller gealtert. Sie sind 50, ihre Körper sind mit denen von 70 bis 80-Jährigen zu vergleichen.



Bundestagsabgeordneter Markus Grübel (CDU) und der 51-jährige contergangeschädigte Jurist Christian Stürmer (rechts). Foto: Bulgrin

Stürmer: Es geht uns nicht um eine billige Rentenerhöhung oder die Einführung von Sozialleistungen, sondern um die Befriedung des deutschen Contergan-Skandals, immerhin der größte Pharma-Skandal in der Bundesrepublik Deutschland. Die Opfer lebten 50 Jahre lang zum Großteil unterversorgt, ohne Assistenz, Pflege oder Grundversorgung. Wir kommen an im Rechtsstaat, wir kommen an in dieser Gesellschaft.

Warum ist dieses Geld für die Opfer so wichtig?

Stürmer: Wir Opfer sind geschädigt, enteignet und dann zu den Sozialkassen geschickt worden. Die Renten betrugen bis zum 1. Juli 2008

nur 545 Euro, erst nach dem ARD-Film „Eine einzige Tablette“ – und der damit verbundenen Aufmerksamkeit – verdoppelte die Bundesregierung das Geld. Aber auch das reicht bei weitem nicht.

Warum kommt die Firma Grünenthal nicht für den Schaden auf?

Grübel: Die Bundesregierung hat 1972 die Firma freigestellt und damit die Ansprüche abgeschnitten. Ich vermute, die damaligen Politiker haben gemeint, dass die Lebenserwartung der Contergan-Opfer eher gering sei und das gezahlte Geld reichen würde. Sonst kann ich mir das wirklich nicht erklären. Das widerspricht eigentlich allen Grundsätzen.

Stürmer: Das ist noch ein freundlicher Ausdruck. Man muss sich vorstellen, was die gemacht haben. Es gibt ein Gesetz, das unsere Ansprüche gegenüber dem Unternehmen, das heute noch Milliardengewinne macht, zum Erlöschen gebracht hat. Ich sage, das ist eine Enteignung.

Warum reagiert die Politik so spät?

Grübel: Schwierige Frage. 2400 betroffene Personen ist eine überschaubare Zahl gewesen. Zudem gab es auch parallel immer Verhandlungen, was die Krankenkasse zahlen muss.

Wie wird das Geld aufgeteilt?

Grübel: Es wird nach Schadigungsgrad gestaffelt. Wir erhöhen die Rente deutlich und stellen es in die Eigenverantwortung der Menschen, wie sie ihre Hilfe organisieren. Dreiviertel des Geldes kommt in die Rente und ein Viertel gilt als zusätzliche Unterstützung, beispielsweise im Bereich Zahnersatz oder für eine Fußlenkung im Auto.

Wann fließen die Gelder?

Grübel: Wir haben den Rohentwurf des Gesetzes erarbeitet, stehen aber unter Zeitdruck, weil das Ende der Wahlperiode naht. Der Gesetzentwurf muss in der Fraktion und in der Koalition abgestimmt werden, davor gilt es noch viele Details zu klären. Wir wollen es vor der Sommerpause durchbringen und hoffen, dass der Bundesrat zustimmt. Stand jetzt wird das Gesetz rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft treten.

■ www.contergannetzwerk.de

Dokumentation eines Skandals

■ **April 1954:** Anmeldung des Wirkstoffes Thalidomid durch das Pharmaunternehmen Grünenthal aus Stolberg beim deutschen Patentamt.

■ **Dezember 1956:** Geburt des ersten missgebildeten Kindes. Ein Elternteil war Mitarbeiter bei Grünenthal.

■ **Oktober 1957:** Markteinführung des Medikamentes Contergan.

■ **Mai 1958:** Diverse Kernwaffentests verängstigten die Bevölkerung – viele sehen einen Zusammenhang mit der Häufung von Missbildungen bei Neugeborenen. Im Mai 1958 veröffentlicht der Kinderarzt Karl Beck einen Artikel, der die Zahl der missgebildeten Kinder auf die Atomtests zurückführt.

■ **1959:** Ein Gynäkologe äußert erstmals den Verdacht, dass die Missbildungen durch das Medikament Contergan ausgelöst werden könnten.

■ **1960 bis 1961:** Es werden zunehmend Fälle von Missbildungen an Neugeborenen bekannt. Der Verdacht, dass das Medikament Contergan für die Behinderungen verantwortlich ist, erhärtet sich.

■ **August 1961:** Die Firma Grünenthal aus Stolberg bestreitet die Zusammenhänge zwischen Contergan und den Behinderungen vehement. Das Medikament wird ab August aber rezeptpflichtig.

■ **26. November 1961:** Der erste Artikel über die verheerenden Missbildungen ausgelöst durch den Wirkstoff Thalidomid erscheint in der Presse.

■ **27. November 1961:** Das Unternehmen Grünenthal nimmt Contergan aus dem Handel.

■ **18. Januar 1966:** Das Verfahren gegen die Firma Grünenthal wird vor dem Landgericht Aachen gegen verschiedene Mitarbeiter der Firma wegen vorsätzlicher oder fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Tötung eröffnet.

■ **10. April 1970:** Die Eltern der geschädigten Kinder schließen durch den Nebenklagevertreter einen Vergleich mit Grünenthal. Dazu gehörte ein Klageverzicht und eine Entschädigungszahlung von 100 Millionen Deutsche Mark. Diesen Betrag sollte die Firma in die dafür gegründete Conterganstiftung einzahlen.

■ **Seit Mai 1997** werden die Renten für die Conterganopfer vollständig aus dem Bundeshaushalt gezahlt. Die Stifungsmittel sind aufgebraucht.

■ **Mai 2008:** Der Bundestag beschließt nach dem ARD-Film „Eine einzige Tablette“ eine Verdoppelung der monatlichen Entschädigungszahlungen an Contergan-Geschädigte. Nun bezahlt die Conterganstiftung den Betroffenen je nach Behinderungsgrad zwischen 242 und 1090 Euro. Grünenthal zahlte freiwillig weitere 50 Millionen Euro an die Contergan-Stiftung.

■ **31. Januar 2013:** Einen Tag vor der Anhörung im Familienausschuss zum Abschlussbericht der Heidelberger Studie zur Situation contergangeschädigter Menschen, stellte der Koalitionsausschuss 120 Millionen Euro jährlich für die Entschädigung zur Verfügung. Dreiviertel sollen dabei in die Erhöhung der Renten fließen und ein Viertel in unbürokratische Hilfe für notwendige Hilfsmittel wie Aufzüge oder Autos mit Fußlenkungen.

Alles wegen eines „Zuckerplätzchens“

Die 50-jährige Petra Bader kämpft um Eigenständigkeit – Pflege und Assistenz im Alter werden allerdings sehr teuer

VON SABRINA ERBEN

Wendlingen – Petra Bader steht in ihrer Küche und macht Kaffee. Sie greift nach der Tasse und schüttet etwas Milch hinein. Die 50-Jährige braucht für alles ungefähr dreimal so lange, wie ein nicht-behinderter Mensch. Sie hat keine Arme, ist eine sogenannte Ohnarmerin. Die Hände befinden sich direkt am Oberkörper. Die gelernte Industriekauffrau aus Wendlingen meistert ihr Leben, so gut es geht. Sie möchte kein Mitleid. „Ich will ein eigenständiges Leben führen können“, sagt die Mutter zweier Töchter. Und das wird mit zunehmendem Alter immer schwieriger. Das Geld reicht hinten und vorne nicht mehr. „Für das Kartoffelschälen braucht ein nicht-behinderter Mensch zehn bis zwanzig Minuten. Ich benötige fast drei Stunden.“ Alles dauert länger und ist anstrengender. Früher sei das kein Problem gewesen. „Da waren die Gelenke noch fit“, sagt sie lachend. Bader wäscht sich ihre Haare in der Badewanne – mit den Füßen. Lange kann sie das nicht mehr machen. „Ich will mir nicht die Haare abschneiden, nur weil das behindertengerecht ist. Das Waschen geht natürlich auf die Hüfte, irgendwann kann ich das nicht mehr selbst tun.“ Nur, wer soll es dann machen? Ihre zwei Töchter sind knapp unter 20,

absolvieren gerade ihre Ausbildungen. „Tagsüber ist niemand mehr da.“ Die Krankenkasse verweist allerdings bei Anträgen immer auf die Kinder. Das könnten doch Baders Kinder übernehmen. Petra Bader ist enttäuscht. „Meine Töchter haben ein Recht auf ein eigenes Leben, sie sollen irgendwann ohne schlechtes Gewissen ausziehen und mich versorgt wissen.“

Überforderte Eltern

Jeder Antrag beim Amt sei ein Kampf, für alles muss sich die 50-Jährige rechtfertigen. Sie ist der endlosen Diskussionen müde geworden. „Ich kann nichts dafür, dass ich so bin, wie ich bin.“ Als Behinderte sei sie jahrelang Diskriminierungen ausgesetzt gewesen. Wut auf die Firma Grünenthal, die das giftige Medikament damals hergestellt und als „harmloses Zuckerplätzchen“ ausdrücklich Schwangeren als Schlaftablette empfohlen hat, verspürt sie nicht selten.

Ihre Eltern waren nach der Geburt ihres behinderten Kindes schockiert. Bader wurde als kleines Mädchen zu sämtlichen Ärzten geschleift. „Ich fühlte mich wie ein Ausstellungsstück.“ Ihre Mutter habe große Schuldgefühle gehabt. „Ich habe sie als Kind oft gehört, wie sie bei der Telefonseelsorge angerufen und we-



Petra Bader in der Küche: sie weiß sich zu helfen – ohne Arme. Foto: Bulgrin

gen mir ins Telefon geweint hat.“ Mit sieben Jahren kommt sie auf ein Internat für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Heidelberg, wächst dort unbeschwert auf. „Ich wollte ein normales Leben führen.“ Sie machte ein Ausbildung, heiratete und bekam Kinder. Dann begann der Körper zu rebellieren, es kamen mehrere Bandscheibenvorfälle. Bader konnte ihren Beruf nicht mehr ausüben. „Als ich meinen Beruf aufgeben musste, war das furchtbar.“ Der Anfang der sozialen Isolation. Plötzlich stand sie alleine da, als alleinerziehende Mutter – ohne Arme. „Meine Tochter konnte sich schon als einjähriges Kind alleine anziehen. Sie haben es nie anders gekannt.“ Das schlimmste sei die Machtlosigkeit. „Durch die Politik haben wir keine Ansprüche mehr an das Unternehmen.“ Für Bader ist der Entschluss der Koalition, die Renten zu erhöhen, die große Hoffnung. „Ich bin um halb vier am Nachmittag kaputt, fühle mich wie eine 80-Jährige.“ Die Schmerzen nehmen zu. Zudem hat sie Genickprobleme, weil sie ihre Kinder jahrelang mit den Zähnen an der Kleidung getragen hat. Mit dem zusätzlichen Geld könnte sie sich eine Assistenz leisten. Die Kosten für eine spätere Rundumversorgung liegen bei 12 000 Euro im Monat. „Dann muss ich nicht in ein Pflegeheim.“